

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Die Vierte Afrikanische Regionalkonferenz des IBFG

Entstanden als Ideal und aus dem Wunsch nach Bestätigung der „Afrikanischen Eigenpersönlichkeit“, ist die Einheit Afrikas heute zu einer politischen Notwendigkeit geworden. Ob die Führer auf der politischen Bühne Afrikas aus der Politik oder aus den Gewerkschaften kommen, sie können jedenfalls nur dann noch auf eine volle Unterstützung des Volkes zählen, wenn sie diese afrikanische Einheit aktiv fördern.

Diese Tatsache ist auf der Afrikanischen Regionalkonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Addis Abeba deutlich geworden, auf der 39 Delegierte und sechs Beobachter aus 24 Ländern Afrikas zusammengekommen waren, um ihre Ansichten und ihre Politik zu koordinieren. Der Druck nach Einheit auf gewerkschaftlicher Ebene, schon seit langem ein Kampfruf der Gewerkschaften, wird jetzt von den Regierungen aufgegriffen, die sich bemühen, das Vorbild zu fördern, das ihnen in der Charta der Afrikanischen Einheit gegeben wurde, und auch die Gewerkschaften sind bemüht, die Billigung ihrer Regierungen für ihre politischen Aktionen zu erhalten.

*Mamadou Jallow* (Gambia), der neugewählte Generalsekretär der Afrikanischen Regionalorganisation, erklärte in einer Sitzung, daß die Regierungen die Gewerkschaften nicht als eine Opposition ansehen dürften. Eine solche Haltung, so erklärte er, entspringe oft einer Unwissenheit dessen, was Gewerkschaften eigentlich sein sollten. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die führenden Männer zu schulen, von denen viele im Kampf für die Unabhängigkeit mitgekämpft hätten. „Wir, die Arbeiter, wir haben diese führenden Männer zu Präsidenten und Ministerpräsidenten gemacht“, sagte er. Die Organisation der Einheit Afrikas, so fuhr Jallow fort, müsse den Gewerkschaften den Weg zeigen. Die Regierungen müßten um der Einheit willen Streitfragen zurückstellen. Es sei gelungen, aus den beiden Staatengruppen von Casablanca und von Monrovia eine Gruppe zu bilden, und das gleiche müsse auch für die Gewerkschaften gelten.

Der Gegensatz, der bisher eine Einheit unter den Gewerkschaften verhinderte, ergab sich daraus, daß der Panafrikanische Gewerkschaftsbund AATUF, dem die Gewerkschaften aus Ghana, Marokko, Guinea, Algerien und der Vereinigten Arabischen Republik angehören, auf einem Austritt aller afrikani-

schen Gewerkschaften aus den internationalen Dachorganisationen als Voraussetzung für einen Zusammenschluß mit dem Afrikanischen Gewerkschaftsbund (ATUC) besteht. Diesem ATUC gehört die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsorganisationen Afrikas an, darunter auch die Mitgliedsorganisationen des IBFG und der Christlichen Internationale. Die Gewerkschaftsführer auf der Konferenz weigerten sich nachzugeben und betonten ihr Recht, solche Fragen völlig allein zu entscheiden. *Lawrence Borha*, der Generalsekretär des starken Nigerischen Gewerkschaftsbundes, erklärte, die Konferenz müsse fest bleiben und offen aussprechen, daß man das Ausscheiden aus der Internationale als Vorwand benutzt habe, um im ideologischen Kampf Abspaltungen und Fraktionen zu schaffen. „Als Mitgliedsorganisation des IBFG haben wir unseren Mitgliedern gute Dienste geleistet“, so sagte Borha, „und wir sind auch keineswegs unseren Ländern gegenüber illoyal gewesen.“ Eine Gewerkschaftseinheit lasse sich nur auf dem Grundsatz der Organisation der Afrikanischen Einheit, nämlich der Nichteinmischung, und unter Gewährung der gewerkschaftlichen Autonomie erreichen.

Die politischen Hintergründe werden deutlicher, wenn man das Geschrei der Propaganda des AATUF gehört hat, die immer wieder den IBFG mit den „Imperialisten“ identifizieren möchte. Daß diese Bezeichnung völlig falsch ist, hat die Konferenz deutlich bewiesen, denn jeder Sprecher auf ihr verurteilte Imperialismus und Kolonialismus mit gleicher Schärfe. Die Vertreter Tunesiens bestanden auf einer Einheit auf der Grundlage voller Autonomie, und Senator *Clement Lubembe*, der Führer des Gewerkschaftsbundes von Kenia, verlieh dem Bedauern aller Ausdruck, als er erklärte, daß die Uneinigkeit noch immer die Gewerkschaftsbewegung beeinträchtige. „Die hohe Verantwortung, vor der wir heute stehen, und die gewaltige Aufgabe des Staatsaufbaus, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des sozialen Fortschritts, Aufgaben, vor denen wir alle stehen, erfordern die Einheit in Offenheit und gegenseitigem Vertrauen, und zwar die Einheit der freien Gewerkschaften in einem freien Afrika.“

*T. O. Barry-Braunthal*

## Australische Gewerkschaften

Es gibt kaum ein Land auf der Erde, in dem die Arbeiterbewegung sich so reibungslos emporgearbeitet hat oder wo die Gewerkschaften so viel zu Gestaltung des politischen Lebens beigetragen haben wie in Australien. In Australien haben die Gewerkschaften frei von den einengenden Bedingungen des kapitalistischen und traditionsbelasteten Europa viele demokratische und soziale Einrichtungen schnell erreichen können, so daß heute die

Gewerkschaften als unangefochtene Vorkämpfer und selbstverständliche Bestandteile der demokratischen Gesellschaft gelten.

In zwei großen Dachorganisationen (*Australian Workers Union* und *Australian Council of Trade Unions*) sind heute 1 950 484 Arbeiter und Angestellte organisiert, das sind 59 vH aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Bei einer Bevölkerung von rund 11 Millionen, zeugen diese Zahlen von einem relativ hohen Organisationsgrad. Da die Gewerkschaften sehr eng mit der Labor Party zusammenarbeiten und sogar satzungsmäßig an die Labor Party angegliedert werden können, üben sie starken politischen Druck aus. Selbst zur Zeit, wo die Liberal-Agrarparteien die Bundesregierung bilden, werden gewerkschaftliche Interessen in den wichtigsten Ausschüssen und Gremien des Landes vertreten.

Im Bereich der Einwanderungspolitik ist der Einfluß der Gewerkschaften maßgebend. Um das Ziel der Vollbeschäftigung mit dem der Bevölkerungsexpansion durch unterstützte Einwanderung in Einklang zu bringen, haben die Gewerkschaften einen Kompromiß zu finden. Aufgrund volkswirtschaftlicher Untersuchungen haben die Gewerkschaften sich heute geeinigt, eine jährliche Zuwachsrate von 1 vH der Bevölkerung durch Einwanderung zu unterstützen. Dadurch wird die Gefahr konjunktureller Arbeitslosigkeit auf ein Minimum reduziert.

Gegenwärtig verfechten die australischen Gewerkschaften eine Erhöhung des Grundlohnes um 20 vH. Im Augenblick beträgt dieser Lohn rund 504 DM im Monat. Diese Summe entspricht jedoch nur 60 bis 80 vH des Lohnes eines durchschnittlichen Arbeiters. Die Spanne zwischen dem Grundlohn und dem tatsächlichen Lohn beträgt je nach Berufsausbildung und Verantwortung 20 bis 40 vH.

Weiter haben die Gewerkschaften durchgesetzt, daß im Jahre 1963 ein bezahlter Jahresurlaub von drei Wochen für 60 bis 70 vH aller Lohn- und Gehaltsempfänger in Kraft trat. Alle Arbeiter, Angestellte und Beamte der Landesregierung von New South Wales, dem größten Staat, haben bereits einen Jahresurlaub von vier Wochen. Die ACTU versucht gegenwärtig, diesen Beschluß auch für den Bund gültig zu machen.

Außerdem agitieren die ACTU und AWU im ganzen Lande für eine Arbeitswoche von 35 Stunden, besonders für Bergleute in Kohlenruben und Arbeiter in Kraftwerken. Zur Zeit gilt die 40-Stunden-Woche in Australien. Hinsichtlich der Entlohnung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten, die 75 vH des Grundlohnes erhalten, setzen sich die Gewerkschaften heftig für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit ein.

Die australischen Gewerkschaften sind im sozialpolitischen Bereich sehr aktiv und haben

beachtliche Erfolge erzielt. Jedoch hat die Labor Party, die die Wünsche der Gewerkschaften weitgehend vertritt, keine Bundesregierung seit 1949 gebildet. Der Grund dafür ist im außenpolitischen Bereich zu finden. In jener Ecke der Welt, wo die Gefahr von kommunistisch-nationalistischen Unruhen ständig wächst, hat die Bevölkerung für die stärkere Verteidigungspolitik der Liberal-Agrarparteien gestimmt. Lediglich in der Opposition gegen französische Atomversuche im südpazifischen Raum befinden die Gewerkschaften sich in voller Übereinstimmung mit der gegenwärtigen Regierung.

*John A. Moses*